



**Jungsozialisten
in der SPD**

Bundесvorstand

Ollenhauerstraße 1 · Postfach 2280
5300 Bonn 1

Tel. (0 22 21) 53 21 · Durchwahl 532
Telegramm-Adresse: Sopade Bonn
Telex 08 86 306

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn
BLZ 380 101 11
Konto Nr. 101 049 227
Bundessekretariat der Jungsozialisten

Deutsch-Polnische Schulbuchempfehlungen
und Vertriebenenverbände

von Hans-Heinrich Nolte

C 99 - 05312

Hans-Heinrich Nolte:

Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen und Vertriebenenverbände



Die Arbeit der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission hat in der Auseinandersetzung um die "Ostkunde" eine entscheidende Rolle gespielt. Einzelne Organisationen der Vertriebenenverbände haben sowohl beim Aufbau der Ostkunde wie beim Kampf gegen die Empfehlungen der Kommission im Vordergrund gestanden.

Die Geschichte der Ostkunde hat Rolf Meinhardt umfassend dargestellt ("Deutsche Ostkunde", Ein Beitrag zur Pädagogik des Kalten Krieges 1945-1968, Oldenburg 1978, Verlag M 1). Die Göttinger Dissertation beruht auf Archivbeständen des Niedersächsischen Kultusministeriums sowie der "Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde" (BAG). Letztere hat der Autor sich als Mitglied "wallraffisierend" zugänglich gemacht (Vgl. zusätzlich Wolfgang Protzner, "Ostkunde" - Geschichte eines politisch umstrittenen Unterrichtsanliegens, in: aus politik und zeitgeschichte - im Folgenden apz - 16.11.1974, S. 3 - 15).

Ab 1950 haben Versuche, Ostkunde an den Schulen zu etablieren, an Gewicht gewonnen. Seit ihrer Gründung 1952 erwies sich die "Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher" (ASE) als aktive und entscheidende Förderung. Die führenden Männer in der ASE stammten aus der sudetendeutschen Volkstumsarbeit, und fast alle hatten in der nationalsozialistischen Zeit im Sudetenland Karriere gemacht. Es gab viele Doppelfunktionen zwischen ASE und BAG. Insbesondere hat Ernst Lehmann bis zu seinem Sturz 1966 nicht nur als Schriftleiter der Zeitschrift "Deutsche Ostkunde" bedeutenden Einfluß ausgeübt. Die starke Kontinuität zur sudetendeutschen "Grenzlandarbeit" hat die Inhalte der Ostkunde beeinflußt und diese insgesamt belastet.

Schon seit 1955 war der Mitgliederbestand der BAG rückläufig. Durch öffentliche Förderung war es trotzdem möglich, das Bildungswesen systematisch zu durchdringen. Es gab Erlasse,

"Ostkunde-Wochen", Schülerwettbewerbe, etc. Die Förderung der BAG mit öffentlichen Mitteln war beträchtlich. Interessant ist, daß trotzdem schon früh an einzelnen Schulen Widerstand gegen die Ostkunde sogar aktenkundig wurde.

Insgesamt hat die "Deutsche Ostkunde" ihren Impetus weniger als ein Mittel antikommunistischer Indoktrination als aus dem Bestreben gewonnen, die Schuljugend auf einen Kampf um die Rückgabe der verlorenen Ostgebiete zu verpflichten. Das nationale Motiv hat einen höheren Stellenwert besessen, als diesem bisher in der Literatur über Ostkunde angesichts des Ost-West-Konflikts meist zugestanden wurde; die Schulbildung sollte Voraussetzungen für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze erhalten. Man wollte Schlesien, Pommern, Ostpreußen und sogar das Sudetenland als deutsche Gebiete im Gedächtnis der Schuljugend bewahren. Dazu trugen Geographie, Geschichte, Deutsch, Kunst und sogar Religion als Schulfächer bei.

Die "Deutsche Ostkunde" traf jedoch, besonders seit den sechziger Jahren, auf beträchtlichen Widerstand von Fachhistorikern an den Universitäten - Broszat, Hoensch, die philosophische Fakultät der Universität Göttingen, um nur einige zu nennen. Ab 1966 hat die - vor allem in der ZEIT - publizierte Kritik die Ostkunde in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik in eine Verteidigungsposition gebracht. Daß auch der CI nahestehende Bildungspolitiker und Historiker - z. B. K. D. Ermann - sich an dieser Kritik beteiligten, war eine Voraussetzung dafür, daß nach dem Warschauer Vertrag mit Aussicht auf Erfolg zu deutsch-polnischen Schulbuchgesprächen eingeladen werden könnten. Die nach 1969 verschärfte Opposition gegen den alten Ostkundeerlaß von 1956 führte 1973 zu einem gewissen Erfolg. Die Kultusministerkonferenz empfahl, stärker Osteuropakunde statt "deutsch" Ostkunde zu lehren. Formell aufgehoben wurde der alte Erlaß jedoch nicht.

Zugleich wuchs die Chance für deutsch-polnische Schulbuchgespräche. Schulbuchgespräche waren mit Polen eher durchsetzbar als mit anderen Ländern des RGW, weil es unter den

bundesdeutschen Konservativen eine beträchtliche Gruppe gibt, welche

1. die auf Revision von Potsdam zielende Argumentation für eine unnötige politische Belastung hält, d. h. von den national~~istischen~~istischen Zielen der BAG generell abdrückt; und
2. Polen gegenüber der UdSSR stärken möchte.

Schulbuchverbesserung hatte zu dieser Zeit in der Bundesrepublik schon Geschichte, die mit dem Namen Georg Eckert verbunden ist (Vgl. einführend Walter Mertineit, Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen, in: apz 26. XI.1977, S. 23-41; sowie kontinuierlich die Jahrgänge des "Internationalen Jahrbuchs für Geschichts- und Geographieunterricht", zuletzt Jürgen Vieting. Die deutsche Geschichte in den polnischen Geschichtsbüchern der Hauptschule bei Beginn der UNESCO-Schulbuchkonferenzen 1972, in Jahrbuch s. o. 18/1977 - 78, S. 103 -161. Das Jahrbuch erscheint im Selbstverlag des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Rebenring 53, 3300 Braunschweig). Georg Eckert war Geschichtsprofessor an der PH Braunschweig, Sozialdemokrat, und einer von jenen Wissenschaftlern, die sich nicht zu gut sind, politische Reden zu halten. Er ist - um vorzugreifen - 1974 in der Vorlesung tot zusammengebrochen. Die ersten Erfolge bei Schulbuchdiskussionen hatte Eckert mit deutsch-französischen Schulbuchgesprächen; insgesamt hat das Schulbuchinstitut mehr als hundert bi- und multilaterale westeuropäische Schulbuchkonferenzen angeregt. Es fehlten jedoch Konferenzen mit Ländern des RGW - nicht zufällig, denn das von Eckert als Anhang zur PH Braunschweig gegründete Institut gewann seine soziale Wirkung anfangs auch aus dem Ost-West-Konflikt, wenn auch sicher nicht allein daher.

Die ersten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen hatte es, nach dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 und im Zeichen der Antikominternpolitik, 1937 gegeben. Das für 1938 geplante dritte Treffen von Historikern aus Polen und Deutschland kam nicht zustande, da die Reichsleitung der NSDAP gegen die vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung geförderten Gespräche Einspruch erhob. Auch unter den veränderten Vorzeichen des Ost-West-Konflikts gab es schon Mitte der 50er Jahre Versuche, deutsch-polnische Gespräche in Gang zu bringen. Richtungsweisend wurde die Kritik am Polenbild in deutschen

Schulbüchern, die Enno Meyer 1956 im Internationalen Jahrbuch veröffentlichte, und auf die Gérard Labuda 1957 an gleicher Stelle antwortete. Nicht die Einschätzung des Kommunismus, sondern die Frage der Oder-Neiße-Grenze setzte diesem Diskussionsansatz ein Ende, und nicht zuletzt scheiterte der Versuch an der Kritik der BAG mit ihren Vertretern aus der ASE. Trotz dieses Widerstands beschloß die deutsche UNESCO-Kommission, deren Präsident Georg Eckert 1964 bis 1974 war, 1964 Kontakt mit den Nationalkommissionen sozialistischer Staaten aufzunehmen, und 1965 besuchte eine deutsche Delegation Warschau. Chancen für konkrete Schulbuchgespräche ergaben sich aber erst, nachdem der Wahlsieg von SPD und FDP den Warschauer Vertrag 1970 ermöglicht hatte, der 1972 mit vielen Stimmen auch der CDU ratifiziert worden ist. Entscheidend war, daß Artikel I die Grenzfrage klärte.

Eine der für die Realisierungschancen der 1972 gegründeten Kommission wichtigen Voraussetzungen war ihre Zusammensetzung. Wenn Beschlüsse wirksam werden sollten, mußten in der deutschen Delegation möglichst viele Richtungen vertreten sein. Vor allem ausgewiesene Universitätshistoriker wurden eingeladen, die ja im allgemeinen einen eher konservativen Zugang zur Geschichte haben. Die Chance der Schulbuchgespräche ergab sich ja gerade daraus, daß der Wille zur nationalen Versöhnung nicht genau mit sozialen oder politischen Fronten korreliert. Kalkulierte man die Zusammensetzung der Kommission jedoch auf eine Teilnahme moderater Konservativer, dann hatte das zur Folge, daß außeruniversitäre entschiedene Kritiker des deutschen Polenbildes nicht eingeladen werden konnten - z. B. Günter Berndt und Reinhard Strecker (immer noch lesenswert und heiß umstritten ihr Buch: Polen - ein Schauernmärchen, oder Gehirnwäsche für Generationen, Reinbek 1971 = rororo aktuell). Auf der anderen Seite wäre die Wirksamkeit der Kommission in Frage gestellt gewesen, wenn Vertreter der Grenzrevision teilgenommen hätten. Diese Gefahr bestand, wenn nicht nur einzelnen Universitätshistoriker eingeladen wurden, sondern die historischen Kommissionen für schlesische, pommersche, ostpreußische Landesgeschichte als Institutionen Vertreter entsenden konnten. Vor

allem die historische Kommission für Schlesien übernahm jetzt einen Teil jener Funktionen, welche die BAG nicht mehr wahrnehmen konnte, und entwickelte sich zu einem Gegner nicht der deutsch-polnischen Schulbuchgespräche an sich, aber aller konkreter Abmachungen, welche von dem klassischen Bild ostdeutscher Geschichte abwichen. Die historischen Kommissionen für ostdeutsche Landesgeschichte wurden also nicht als Institutionen zur Delegation eingeladen. Einige Kommissionen waren jedoch durch Personalunion vertreten - z. B. die für ost- und west-preußische Landesgeschichte.

Das Verfahren der Kommission entsprach der Zusammensetzung. Gemeinsame theoretische und methodische Grundlage war: "das kritisch erhärtete Faktum soll gelten" (K. D. Erdmann, Zur Koexistenz der Historiker, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1975/7, S. 445 f.). Das zur Faktenrichtigkeit korrespondierende theoretische Problem der Fragestellung - was kann man aus dem Geschichtsbild der anderen Nation, die außerdem eine andere Sozialverfassung hat, lernen - dies Problem blieb ausgeklammert (vgl. als Versuch: Hans-Heinrich Nolte, "Drang nach Osten", Sowjetische Geschichtsschreibung der deutschen Ostexpansion, Köln 1976, bei EVA). Die fachwissenschaftlichen Teilnehmer der Gespräche prüften entsprechend die ihnen vorliegenden Texte auf sachliche Richtigkeit und gelangten schließlich in einer Vielzahl von Sitzungen zu einem Empfehlungskatalog (Gemeinsame Deutsch-polnische Schulbuchkommission, Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen, Braunschweig 1977, im Selbstverlag des Instituts. Text auch in apz 26. XI.1977).

Die Kritik an diesem Empfehlungskatalog kam von zwei Seiten: von Geschichtsdidaktikern und von Vertretern von Vertriebenenverbänden. Die geschichtsdidaktische Kritik sei vorweggenommen. Es ist leicht festzustellen (Internationales Jahrbuch 15, 1974, S. 87 ff.), daß der Empfehlungskatalog mit dem, was in der deutschen Schule über polnische Geschichte unterrichtet wird, nicht abgestimmt ist. Es ist schon wegen des geringen Stundenkontingentes im Fach Geschichte unmöglich, die Empfehlungen direkt zur Grund-

lage von Unterricht zu machen. Die Empfehlungen sind auch nicht auf Unterrichtssituationen bezogen.

Wichtiger als solche methodische ist jedoch eine grundlegendere didaktische Kritik. Diese ist m. W. unveröffentlicht geblieben, weil ihre Vertreter sich nicht mit nationalistischer Kritik in eine Front stellen wollten. In der Bundesrepublik gibt es eine Gruppe von Didaktikern, welche die Struktur des Faches Geschichte nicht - oder nicht ausschließlich - aus der Struktur des Universitätsfaches ableiten wollen, sondern - zumindest auch - aus den Interessen der Schüler an Geschichte (Forum dieser Gruppe ist die Zeitschrift "Geschichtsdidaktik", die beim Verlag Schwann in Düsseldorf erscheint). Das bedeutet, daß der Kanon des Faches nicht einfach "maßstabverkleinert" auf das Schulfach übertragen werden kann, sondern immer auch zu fragen wäre, welche Stoffe der Geschichte in welchem übergeordneten Lernzusammenhang für die Schüler wichtig werden könnten. Die Zusammensetzung der deutschen Delegation vor allem aus Universitätsprofessoren hatte en passant auch zur Folge, daß das Ergebnis dieser Position überhaupt nicht entgegenkam. Denn der Faktenpositivismus vieler deutscher Universitätshistoriker ergänzte sich in der Kommission mit dem erkenntnistheoretischen Objektivismus der polnischen Historiker, für welche Parteilichkeit in der Wissenschaft bedeutet, daß parteiliche marxistische Wissenschaft das Abbild des Objektes der Erkenntnis erreicht. Im Geschichtsunterricht der Länder des "real existierenden Sozialismus" gibt es entsprechend der leninistischen Abbildtheorie die für die Bundesrepublik beschriebene Position schülerorientierten Lernens nicht. In den Begriffen der sowjetischen Diskussion: es gibt keine Geschichtsdidaktik, sondern nur Geschichtsmethodik. Aufgabe der Methodik ist es, die von der Wissenschaft an Universität und Akademie erarbeitete "objektive" geschichtliche Wahrheit für den Unterricht aufzubereiten. Nicht operationelle Kenntnisse und Konfliktwissen haben in solchem Geschichtsunterricht keinen Platz. Die didaktische Struktur der Empfehlungen entspricht nun sowohl dem marxistisch-leninistischen Wissenschaftsbegriff wie der Wissenschaftspraxis an der deutschen Universität. Daß diese Entsprechung bei sonst

so unterschiedlichen Inhalten möglich war, bildete eine Voraussetzung für das Zustandekommen der Empfehlungen, bedeutete aber auch den Ausschluß kritischer Positionen - deren Vertreter sich jedoch durch die Infragestellung von Stereotypen vermittels der Empfehlungen getröstet sehen mögen.

Für die zögernde Verbreitung der Empfehlungen in der Bundesrepublik war ein anderer Aspekt desselben Problems wichtiger: die Besetzung der Kommission durch Universitätshistoriker und die geringe Einflußmöglichkeit von Schulbuchautoren hatte zur Folge, daß diese Autoren sich auch wenig angesprochen fühlten, als es um die Realisierung der Empfehlungen ging. Denn die Schulbuchautoren, ob nun mehr oder weniger kritisch, fühlen sich nun einmal nicht als "Aufbereiter" der Wissenschaften.

Damit zur zweiten Richtung der Kritik - der aus den Reihen der Vertriebenenverbände. Juni 1976 veröffentlichte der Bund der Vertriebenen eine kritische Stellungnahme von Hans Neuhoff und Hans-Günter Parplies, die besonders bei den Empfehlungen zur Zeitgeschichte nachzuweisen suchte, "was im einzelnen wissenschaftlich nicht haltbar, was einseitig und was nicht verfassungskonform ist." (S.3). Die Stellungnahme zielt eindeutig darauf ab, eine Revision der Oder-Neiße-Grenze offenzuhalten. Mit besonderer Schärfe wurde die Kritik der Empfehlungen auch von Herbert Hupka vorgetragen, dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen sowie des ostdeutschen Kulturrates (Eine kritische Stellungnahme, in: apz 26.XI.1977).

Hupka warf hier den Empfehlungen vor, sie trügen insgesamt eine "politische Handschrift". Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik hätten nicht dafür gesorgt, daß Geschichte "so objektiv wie möglich" dargestellt worden sei, vielmehr seien sie "zum Handlanger einer gerade hoch im Kurs stehenden Politik" geworden (S.46).

Punkt 1 von Hupkas Kritik betrifft die Oder-Neiße-Grenze. In den

Empfehlungen heißt es:

21. Territoriale Veränderungen

Die deutsch-polnische Grenzregelung nach dem Zweiten Weltkrieg ist im Zusammenhang der allgemeinen Territorial- und Grenzveränderungen als Ergebnis des Krieges zu betrachten. In den alliierten Kriegskonferenzen von Moskau, Teheran und Jalta spielte die Frage der polnischen Westgrenze eine bedeutende Rolle. Die unterschiedlichen Auffassungen bezüglich des Ausmaßes der neuen polnischen Westgebiete waren unter den Alliierten vor der Potsdamer Konferenz nicht beizulegen. Vor Konferenzbeginn war jedoch die staatliche Hoheitsgewalt de facto bereits den polnischen Behörden übertragen worden. Die Anerkennung der polnischen Administration durch die Westalliierten bedeutete nach deren Auffassung mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Konferenz noch keine völkerrechtlich definitive Anerkennung der Grenzlinie. Mit der gleichzeitigen Einigung über den Art. XIII (Orderly Transfers of German Population) und der Aufstellung eines Aufnahmeplans des Alliierten Kontrollrates in Deutschland im November 1945 wurde aber von den Alliierten selbst präjudiziert, daß es sich bei der polnischen Administration der ehemals deutschen Gebiete nicht um ein revidierbares Provisorium handeln könne.

Hupka kritisiert (S. 48):

Es ist falsch zu behaupten, daß die Oder-Neiße-Linie die Folge einer "deutsch-polnischen Grenzregelung" gewesen sei.

Eine formal richtige Kritik, (da Deutschland in Potsdam nicht Völkerrechtssubjekt war) die am Textsinn der Empfehlungen jedoch vorbeigeht. Wichtig ist, welche Schlußfolgerungen gezogen werden:

Eine derartige deutsch-polnische Grenzregelung hat es weder in Potsdam noch im Warschauer Vertrag gegeben, denn bekanntlich steht eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland als Ganzes immer noch aus. Weder Artikel XIII noch interalliierte Aufnahmepläne haben diesbezüglich etwas präjudiziert. Im Gegenteil im Artikel XIII wird festgehalten, daß die "Überführung der

deutschen Bevölkerung in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll". Das Transferabkommen vom 20. November 1945 enthält gleichfalls keinerlei Präjudizierung.

Die formaljuristische Position erhält hier ihre revisionistische Spitze: die Frage der Oder-Neiße-Grenze soll offen gehalten werden. Hierzu dient sogar eine Interpretation, die nahelegt, daß das Potsdamer Abkommen in bezug auf die Oder-Neiße auch deswegen nicht gültig sei, weil die Überführung deutscher Bevölkerung nicht ordnungsgemäß vor sich gegangen ist.

Der 2. Punkt der Kritik betrifft die Zwangsumsiedlungen. In den Empfehlungen heißt es:

22. Bevölkerungsverschiebungen

Die territorialen Veränderungen bei Ende des Zweiten Weltkrieges wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen verbunden, Sie zielten darauf ab, staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die historischen Erfahrungen der Nationalitätenkonflikte und die unmittelbar vorhergegangene gewaltsame nationalsozialistische Bevölkerungs- und Besatzungspolitik spielten in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle.

In den Polen gemäß den Potsdamer Beschlüssen übertragenen ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße lebten 1939 ca. 8,5 Mill. Menschen. Etwa die Hälfte von ihnen, außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie der in Polen lebenden Deutschen, wurde entweder evakuiert oder flüchtete unter großen Verlusten noch vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße. Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt. In der Folgezeit fanden noch einzelne Übersiedlungen und individuelle Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung u. a. in den Jahren 1956/57 statt.

Hupka kritisiert S. 48 f. unter Verwendung von Zitaten aus



Walter Martinei in "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" 1976, S. 329 ff. sowie Gotthold Rhode in: "Deutsche Ostkunde" 1976, S. 49 ff.:

Mit der Wortneuschöpfung "Bevölkerungsverschiebungen" sind die deutschen Teilnehmer der polnischen Forderung entgegengekommen, "die in der Tagespolitik hüben und drüben häufig zu polemischen Zwecken benutzten 'Reizwörter' zu vermeiden"²⁹⁾. Die polnischen Teilnehmer hatten erklärt, daß für sie die Bezeichnung "Vertreibung", "Vertriebene" derartige Reizwörter seien, weshalb sie nicht gebraucht werden dürften. So wie man statt "Annexion" nunmehr "territoriale Veränderungen" setzte, mußten für die Vertreibung die "Bevölkerungsverschiebungen" herhalten. Daß alle deutschen Teilnehmer dieser Begriffsverwirrung zugestimmt haben, ist um so erstaunlicher, als einer der Autoren wiederholt zuvor und auch nach Abschluß der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gerade die Vertreibung als ein historisches Faktum von unmenschlichem Ausmaß eindeutig benannt und beschrieben hatte. In einem Aufsatz von Professor Rhode lesen wir: "Für sie alle kam mit der Kapitulation nicht das große Aufatmen und nicht die Befreiung von Todesangst, sondern erst jetzt, nach dem Ende der Kampfhandlungen, die Zeit der Erniedrigung, der Ent-eignung und schließlich der Vertreibung aus der Heimat. Wie viele Millionen von Deutschen und wieviele weitere Millionen von Nicht-deutschen unter den Prinzipien nationaler Intoleranz und menschen-verachtender Machtausübung vertrieben und entwurzelt worden sind, läßt sich mit vollständiger Genauigkeit nicht sagen."³⁰⁾ Warum findet sich aber von all dem nicht ein Wort in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen?

Hier greift Hupka einen Kompromiß an, der in der Kommission nur mühsam gefunden worden ist. In der Tat hat die polnische Delegation den Begriff Vertreibung entschieden abgelehnt.

Ich finde, daß die Kritik Hupkas hier etwas Richtiges trifft. "Bevölkerungsverschiebung" ist ein Ausdruck, mit dem menschliches Leid, Unrecht und Verbrechen in den Bereich der Technologie ver-lagert wird, es ist ein Ausdruck der Bürokratensprache. Verschiebe von Bevölkerung - das klingt, als ob man mit dem Rechen Heuhaufen

hin und her schiebt. Es war sicher sachlich ein Fortschritt, daß die Diskussion um den Punkt 22 ins Gedächtnis zurückgerufen hat, daß nach 1944 drei Vorgänge zusammengewirkt haben: Evakuierung vor der Front, Flucht vor der Front, wobei die Flüchtenden oft von der Front überrollt wurden, und eben Vertreibung durch die neuen Herren. Der Gewaltcharakter des Vorgangs kommt jetzt nur in dem Terminus "Zwangsumgesiedelt" zum Ausdruck. Hier hätten die deutschen Teilnehmer auf einer weniger bürokratischen einer menschlichen Sprache bestehen und im Zweifelsfall eine kontroverse Formulierung aufnehmen müssen. Allerdings muß man in dem Zusammenhang sehen, daß es das allgemeine Ziel der Kommission war, emotional beladene Wörter aus dem Text heraus zu halten. Auch die polnische Seite hat auf Reizwörter verzichtet, wie etwa imperialistisch oder revanchistisch zur Bezeichnung der Bundesrepublik.

Ein anderer Punkt, in dem Hupkas Kritik trifft, ist, daß in den Empfehlungen bei der Darstellung der Jahre 1939 - 1941 das Geheime Zusatzabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt nicht erwähnt wurde. Die offizielle Begründung für den Ausschluß dieser Problematik - das Ribbentrop-Molotow-Abkommen sei ein Ereignis der deutsch-sowjetischen Geschichte, nicht der deutsch-polnischen - ist eine offen formale Argumentation, die am Kern vorbeigeht.

Man kann Hupka in einzelnen Punkten also durchaus zustimmen. Die Tendenz seiner Kritik aber läuft darauf hinaus, ein Bewußtsein zu erhalten, aus dem heraus eine Revision der Oder-Neiße-Grenze angestrebt werden kann. Das läßt sich auch aus solchen Passagen belegen, die im mittelalterlichen Teil bemängeln, daß Copernicus nicht deutlich genug als deutschsprachig herausgestellt wird; Passagen, in denen der polnische Dialekt in Oberschlesien als "wasserpolnisch" von Polen getrennt wird, oder in denen dies sehr abgewogenen Formulierung der Empfehlungen über das Verhältnis von regionalem und polnischen Bewußtsein in Oberschlesien als "Verzerrung" denunziert wird.

Ihre besondere Schärfe erhält die nationale Kritik durch den Antikommunismus, mit dem sie vorgetragen wird. Hupka stellt sich

ohne ein Wort von der neueren amerikanischen ("revisionistischen" Geschichtsschreibung zu erwähnen - auf den Standpunkt, daß die Teilung Deutschlands allein Folge sowjetischer Expansion sei, genauso wie die Verwandlung Polens in eine Volksdemokratie. Die Kommission hat sich nun keineswegs auf den sozusagen umgekehrten offiziellen Ost Standpunkt gestellt, daß die Teilung Deutschlands (und die Verwandlung Griechenlands in ein kapitalistisches Land durch britische und amerikanische militärische Intervention um parallel zu argumentieren) eine Folge der amerikanischen Expansion sei, sondern auf den allgemeinen Systemkonflikt abgehoben. Hupka denunziert diese Position einfach:

"Es ist schon arg genug, daß Polen heute seine Geschichte so lesen muß, wie sie hier nacherzählt wird, aber wir als die Freien dürfen doch nicht nachsprechen, was Kommunisten soufflieren!" (S. 50)

Jeder westliche Soziologe, jeder einigermaßen moderate westliche Historiker weiß, daß es keine absolute Freiheit gibt und daß es ohne Aussagegehalt ist, wenn man Freiheit und Kommunismus einander gegenüberstellt; es ist wie eine Gegenüberstellung von Äpfeln und Autobahnen. Daß Hupka seine nationalistische Position als die alleinige westliche Position verkaufen will, erinnert an die sechziger Jahre, in denen genau das den Vertriebenenverbänden zu einem großen Teil gelungen war. Ist die Opposition der Vertriebenenverbände gegen die deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen nur ein Nachhutgefecht?

Der Freistaat Bayern hat sich der Argumentation der Vertriebenenverbände angeschlossen und die Empfehlungen in seinem Land nicht weitergegeben. Einige CDU-regierte Länder sind dem gefolgt, wobei der Einfluß der Vertriebenenverbände und hier besonders der Kommission für schlesische Landesgeschichte sich z. B. in Rheinland-Pfalz belegen läßt: die Landesregierung wollte anfangs die Empfehlungen veröffentlichen, hat das unter dem Eindruck der Kritik dann jedoch unterlassen. Alle von FDP-SPD-Koalitionen regierten Länder und Niedersachsen haben die Empfehlungen jedoch in ihren Amtsblättern publiziert. In Niedersachsen hat die Landesregierung zwar der Landsmannschaft Schlesien die

Möglichkeit gegeben, im Kern revisionistische Thesen in einem Schülerwettbewerb zu verbreiten (Hierzu die Broschüre der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag "Niedersächsischer Schülerwettbewerb. Schlesien - ein Kapitel europäischer Geschichte", 1977, kann angefordert werden bei: SPD-Fraktion, Heinrich Wilhelm Kopf Platz 1, 3000 Hannover. Vgl auch "Geschichtsdidaktik" 1978/1). Andererseits aber hat die Landesregierung die Empfehlungen publiziert, und sie hat K. D. Erdmann und polnischen Vertretern die Möglichkeit zu eindrucksvollen Auftritten gegeben.

Von Norddeutschland aus geurteilt kann man deshalb m. E. sagen, daß der Einfluß der nationalistischen Führung einiger Vertriebenenverbände auf die Bildungspolitik zwar in den letzten Jahren wieder zugenommen hat, aber der grundsätzliche Bedeutungsverlust seit 1966 bisher nicht wieder wettgemacht werden konnte. In der SPD haben Funktionäre der Vertriebenenverbände nach den Parteiwechseln von 1972 keine bedeutende Stellung mehr, und auch in der CDU ist ihre Position nicht unangefochten. Der bildungspolitische Einfluß der Vertriebenenverbände beruhte vor 1966 auf einer Großen Koalition in Sachen Ostkunde; kritische Positionen kamen in der FDP noch eher zu Wort als in der SPD. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich diese Konstellation wiederholt. Wichtig ist dabei auch, daß liberale Gruppen in der CDU, die über gute Beziehungen zur Industrie verfügen, die Verständigung mit Polen in der Bildungspolitik mittragen. Auch hieran wird deutlich, daß der Versuch, Voraussetzungen für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze in der Bildungspolitik zu erhalten, als nationalistisch eingeordnet werden muß, weil dabei ein nationales Ziel die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 - einen zu entscheidenden Platz gegenüber anderen Zielen der Politik erhält.

Der Widerstand von Vertriebenenfunktionären gegen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen hat, besonders in Süddeutschland, auf die Bildungspolitik gewirkt, es wäre also sicher verfehlt, diesen Widerstand als bloßes Nachhutgefecht einzuordnen.

Für sich allein genommen hätte der Widerstand jedoch vermutlich nicht zum Erfolg geführt. Er hat seine Wirkung in einem Komplex von Zusammenhängen erreicht:

1. der Benutzbarkeit dieses Widerstandes für die umfassere Antireformkampagne in der Bildungspolitik;
2. dem föderalistischen Mißtrauen besonders der süddeutschen Länder gegenüber allen von Bonn ausgehenden oder sonstwie zentral institutionalisierten schulpolitischen Unternehmen;
3. der geringen Aktionsfähigkeit des Braunschweiger Instituts;
4. den doch recht erheblichen sachlichen Einwänden, die man gegen den erarbeiteten Kompromiß vorbringen kann oder mit anderen Worten: dem doch recht begrenzten außenpolitischen Spielraum, der dieser Schulbuchkommission in Polen gewährt worden ist.

Nicht alle Blümenträume sind gestreift. Aber das ist wahrlich kein Grund, die Frucht, die angesetzt hat, grün vom Baum zu schlagen.

Zusammenfassung:

1. Die Vertriebenenverbände haben in der Konstitutionsphase der Bundesrepublik in einem Teilbereich der Bildungspolitik entscheidende Bedeutung besessen. Über die Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde konnte die Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher für die Schulfächer Geschichte, Deutsch, Kunst und Geographie die Berücksichtigung der Ostkunde durchsetzen, diese allerdings nicht zum eigenen Fach machen. Versuche, die Ostkunde zu einer Osteuropakunde zu wandeln, scheiterten. Die Inhalte der Ostkunde waren national geprägt, sie sollten das Bewußtsein vom deutschen Charakter der Gebiete jenseits Oder und Neiße aufrecht erhalten und die Wiedergewinnung vorbereiten. Der nationale Inhalt wurde durch den Antikommunismus überhöht; der Antikommunismus erhielt aus der ja konkreten und realen - Erfahrung der Vertreibung für viele Millionen Menschen Anschaulichkeit. Da die Vertriebenenverbände in allen großen Parteien vertreten waren, war ihre politische Position außerordentlich stark.

2. Ab 1966 verloren die den Vertriebenenverbänden nahestehende

Historiker und Schulleute zunehmend Einfluß auf die Bildungspolitik, innenpolitisch wurden deutsch-polnische Schulbuchgespräche möglich. Außenpolitisch wurden deutsch-polnische Schulbuchgespräche möglich, nachdem 1972 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze öffentlich eingestanden war. Opposition gegen die Schulbuchgespräche wurde anfangs kaum publiziert. Da in der deutschen Delegation Historiker mehrerer Richtungen vertreten waren, schien die Hoffnung berechtigt, daß die Empfehlungen überall akzeptiert werden würden.

3. Ab 1975 wurde gegen die Anerkennung der von der deutsch-polnischen Kommission erarbeiteten Empfehlungen von Historikern und Politikern, die den Vertriebenenverbänden angehören, insbesondere aus der Historischen Kommission für Schlesien und der Landsmannschaft Schlesien, eine ansteigende Kampagne durchgeführt. Die Kritiker haben dabei auch sachliche Schwächen der Empfehlungen aufzeigen können. Im Kern ging es ihnen jedoch darum, Möglichkeiten für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze im historischen Bewußtsein der Deutschen zu bewahren.

Es gelang den Vertriebenenfunktionären, einen Teil der CDU-regierten Länder und Bayern zu deutlichen Stellungnahmen gegen die Empfehlungen zu bewegen und einen Teil ihres alten bildungspolitischen Einflusses wiederherzustellen.

4. Der bildungspolitische Einfluß der Vertriebenenorganisationen in den fünfziger und sechziger Jahren hatte einen realen Hintergrund: die Erfahrung der Vertreibung, die Millionen Bundesbürger am eigenen Leib gemacht hatten. Die Generation, welche diese Erfahrung gemacht hat, nimmt jedoch heute anteilmäßig an der Bevölkerung ab. Eine Renaissance des Vertriebeneninflusses auf die Bildungspolitik in den späten siebziger Jahren müßte einen anderen Charakter haben, da die eigene Betroffenheit mit dem Fortgang der Zeit immer weniger vorhanden ist. Eine deutsche Ostkunde heute würde stärker ideologisch bestimmt sein - intellektuelle Rezeption eines Anspruches, der nicht mehr gelebte Tradition ist. Die Wirksamkeit einer intellektuellen Rezeption kann sehr groß sein. Der Unterschied liegt nicht in der Kraft, sondern in der Art der Wirkung:

- eine intellektuelle Rezeption läßt sich leichter manipulieren, da sie Bildungserlebnis ist,
- andererseits hat sie weniger spontane Wirkung, bedarf der bildungspolitischen Entscheidung.

Noch haben die Befürworter einer solchen Entscheidung sich auch in der CDU nicht durchgesetzt.

5. Die Geschichte von Ostpreußen und Schlesien, von Pommern und Danzig ist Teil der deutschen, aber auch Teil der polnischen Geschichte. Man kann die deutsche Geschichte nicht schreiben ohne die Geschichte ihrer Auswanderer - nach USA und Brasilien, aber auch nach Siebenbürgen und Rußland. Zu unserer Geschichte gehört, daß deutsche Bauern den Forst zwischen Elst und Mulde gerodet, deutsche Bergknappen in Joachimsthal Silber geschürft haben und Kant in Königsberg lehrte. Zu unserer Geschichte gehören aber auch die blutigen Kreuzzüge gegen Elblawen und Pruzzen, gehört die nationalsozialistische Polenpolitik, gehört der Versuch, das deutsche Volk zum "Herrenmenschenvolk" in Osteuropa zu machen. Zur deutschen Geschichte gehört, daß den Sudetendeutschen 1918 das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde, und daß die Sudetendeutschen überwiegend jene Partei wählten, welche zur Zerschlagung der Tschechoslowakei so viel beitrug. Wer in der Geschichte nur Kenntnisse sucht, welche die eigene Position bestätigen, der versäumt, was man wirklich aus der Geschichte lernen kann. Und zu dem, was man lernen kann, gehört, daß ein gerechter Friede selten ist, aber daß selbst ein schlechter Friede besser ist als keiner.

Die Schulbuchempfehlungen sind ein kleiner Schritt zum Frieden. Auch für die polnische Seite bedeuten die Empfehlungen einen Kompromiß. Kompromisse sind nie besonders befriedigend. Aber desto entschiedener muß man an ihnen festhalten, bis man bessere gefunden hat.

Was tun?

Es muß versucht werden, den Schulbuchempfehlungen möglichst weitgehende Geltung zu verschaffen, auch in Ländern, in denen die CDU die Regierung stellt.

Die Verbreitung der Empfehlungen ist jedoch nicht nur eine politische, sondern vor allem eine didaktische Aufgabe. Hier sind die Lehrer und Studenten unter den Jungsozialisten besonders aufgerufen, die Empfehlungen in den Unterricht einzubeziehen. Dieser Aufruf wendet sich nicht nur an den Einzelnen. Es fehlt ja an wirklicher Erprobung von Stoffen der Empfehlungen, Gelungene Unterrichtsmodelle sollten aufgezeichnet werden, damit andere sie übernehmen können. Ich bitte darum, erprobte Unterrichtseinheiten mit Beschreibung des Unterrichtsverlaufs an meine Adresse zu senden. Falls es auf diese Aufforderung eine breite Resonanz gibt, könnte man den Versuch unternehmen, diese Unterrichtseinheiten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Adresse: Historisches Seminar der Universität Hannover
Professor Dr. Hans-Heinrich Nolte
Schneiderberg 50
3000 Hannover

Literaturhinweise:

Die Zeitschrift Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (bei Klett, Stuttgart) hat mehrfach zur Didaktik des Unterrichts über deutsch-polnische Beziehungen berichtet, zuletzt in einem Themenheft: 1978/2.

Quellensammlung für den Unterricht: Enno Meyer, Deutschland und Polen, 2 Bde. Stuttgart 1971 f. und öfter = Quellen und Arbeitshefte zur Geschichte und Politik, bei Klett

Hans-Heinrich Nolte, Kontrastierendes Lesen als Methode der Vorurteilspädagogik Nachdruck in: E. H. Schallenberger, Gerd Stein, Hg., Das Schulbuch zwischen staatlichem Zugriff und gesellschaftlichen Forderungen, Kastellaun 1978, S. 173 - 186
Verlag: Henn.

Gerhard Heck, Manfred Schurig; Deutschland und Polen nach 1945. Vorschlag für eine Unterrichtseinheit ab 9. Schuljahr. Frankfurt 1977. Verlag Moritz Diesterweg.

Vgl. allgemein: Gerhard Beier, Ost-West Vorurteile in der politischen Bildung, Frankfurt 1971 (bei EVA)

Friedensanalysen für Theorie und Praxis 1. Schwerpunkte: Feindbilder. Frankfurt 1975 = edition suhrkamp 784.

Zu den theoretischen Problemen einführend:

Dialog statt Dogmatismus. Wissenschaftspluralismus und politische Praxis. Herausgeber: Horst Heimann = Studententexte der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Köln 1978 (bei EVA).